

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Rainer Kraft, Karsten Hilse, Marc Bernhard, Andreas Bleck, Dr. Heiko Wildberg, Peter Boehringer, Stephan Brandner, Joana Cotar, Siegbert Droese, Peter Felser, Dr. Götz Frömming, Mariana Iris Harder-Kühnel, Dr. Heiko Heßenkemper, Martin Hohmann, Johannes Huber, Stefan Keuter, Jörn König, Steffen Kotré, Frank Magnitz, Jens Maier, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Gerold Otten, Tobias Matthias Peterka, Martin Reichardt, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, René Springer, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD**

## **Keine Nachfolgeförderung für alte Anlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz**

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
  1. Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluss auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO<sub>2</sub>-Emissionen.
  2. Die von der Bundesregierung und den Landesregierungen kürzlich rigoros verhängten Maßnahmen wirken als Brandbeschleuniger für die durch die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bereits schwelende Wirtschaftskrise.
  3. Die von der Bundesregierung verfolgte „Energiewende“ und Klimaschutzpolitik hat in den letzten 20 Jahren immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber keinen Nutzen erbracht.
  4. Die angeblichen Beeinträchtigungen durch einen vom Menschen verursachten Klimawandel beruhen auf unbelegten, einseitig ausgelegten hypothetischen Annahmen.
  5. In jedem Fall ist jetzt der Gefahr durch Verarmung und wirtschaftlichen Verfall deutlich höhere Priorität einzuräumen als irgendeiner Klima-Fiktion.
  6. Auch nach 20 Jahren Förderung kann der sogenannte „erneuerbare Strom“ nicht wettbewerbsfähig produziert werden.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. sicherzustellen, dass alle Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten „erneuerbaren“ Energien nach dem Auslaufen ihrer Zwangsumlagen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz eingestuft und behandelt werden wie jede andere Anlage zur Erzeugung von Elektrizität aus fossilen und nuklearen Brennstoffen und auf keinen Fall eine erneute Bevorzugung oder Begünstigung erhalten,
  2. sicherzustellen, dass alle Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten „erneuerbaren“ Energien, die neu oder erneut in Betrieb genommen werden, eingestuft und behandelt werden wie jede andere Industrieanlage in Deutschland und auf keinen Fall eine Bevorzugung oder Begünstigung bei der Betriebsgenehmigung erhalten,
  3. sicherzustellen, dass Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten „erneuerbaren“ Energien nur neu oder erneut in Betrieb genommen werden dürfen, wenn für die Netzstabilität das „n-1“-Kriterium erfüllt ist.

Berlin, den 11. Juni 2020

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## Begründung

Die von der Bundesregierung und den Landesregierungen kürzlich rigoros verhängten Maßnahmen wirken als Brandbeschleuniger für die durch die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bereits schwelende Wirtschaftskrise. Die Menschen haben nicht nur substantielle Freiheitsbeschränkungen erduldet, die allermeisten haben mit deutlichen Einkommenseinbußen zurecht kommen müssen, nicht wenige verlieren ihre Arbeit und sind in ihrer beruflichen Existenz bedroht. Die Bundesregierung selbst schätzt in ihrer Frühjahrsprojektion vom 29.4.2020 den Rückgang der Wirtschaftsleistung in diesem Jahr auf 6,3 Prozent.<sup>1</sup> Die deutsche Wirtschaft beurteilt die Lage bedeutend schlechter, laut einer Mitgliederumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) sinkt die Wirtschaftsleistung um deutlich mehr als 10 Prozent.<sup>2</sup> Es ist daher dringend geboten, wirkungslose beziehungsweise überflüssige Ausgaben einzusparen – insbesondere der Staat ist hier in der Pflicht.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als Teil der Klimaschutzpolitik befördert ineffiziente, instabile Energieerzeugung wie Photovoltaik und Windenergie und belastet die Bürger gleich mehrfach – über den Aufschlag im Strompreis, aus denen die Zwangsumlagen bezahlt werden, durch Verlagerung bzw. Schließung wertschöpfender Betriebe aus Deutschland und durch ein erhöhtes Risiko eines flächendeckenden Stromausfalls (Black-out), bedingt durch die wetterabhängige Stromerzeugung aus Wind und Sonne.

Die Klimaschutzpolitik und das Erneuerbare-Energien-Gesetz belasten die deutsche Volkswirtschaft bis heute mit deutlich über einer halben Billion Euro, über 500 Milliarden, in den letzten Jahren waren das allein für erhöhte Zwangsumlagen 20 bis 25 Milliarden Euro jährlich.<sup>3</sup> Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein mustergültiges Beispiel gescheiterter, fehlgeleiteter, ideologisch verblendeter Wirtschaftspolitik. Nach 20 Jahren und mehreren hundert Milliarden Euro Zwangsumlagen ist es nicht gelungen, Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten „erneuerbaren“ Energien wettbewerbsfähig zu machen, die immer noch ausgezahlten Zwangsumlagen sprechen für sich. Aber anstatt diese Geld- und Wohlstandsvernichtung zu beenden, wird von der Bundesregierung die zuverlässige und wettbewerbsfähige Erzeugung von Elektrizität entweder verboten – nukleare

<sup>1</sup> [www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/G/gesamtwirtschaftliches-produktionspotenzial-fruehjahrsprojektion-2020.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/G/gesamtwirtschaftliches-produktionspotenzial-fruehjahrsprojektion-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=6)

<sup>2</sup> [www.dihk.de/de/aktuelles-und-presse/presseinformationen/corona-beschert-der-industrie-dramatischen-nachfragerueckgang-24074](http://www.dihk.de/de/aktuelles-und-presse/presseinformationen/corona-beschert-der-industrie-dramatischen-nachfragerueckgang-24074)

<sup>3</sup> [www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/eeg-in-zahlen-pdf.pdf%3F\\_\\_blob%3DpublicationFile](http://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/eeg-in-zahlen-pdf.pdf%3F__blob%3DpublicationFile)

Brennstoffe –<sup>4</sup> oder stark eingeschränkt – fossile Brennstoffe.<sup>5, 6, 7</sup>

Wirtschaftspolitik gegen die Physik ist von Beginn an zum Scheitern verurteilt, deutlich wird dies durch den Erntefaktor (EROI), dem Verhältnis der Summe aller Nutzenergie, die über die Lebensdauer erzeugt wird, mit der Summe aller Energie, die für Bau, Betrieb und Rückbau sowie Förderung und Transport von Brennstoffen und verbrauchsgerechter Energiebereitstellung (Speicher) benötigt wird. Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten „erneuerbaren“ Energien haben einen Erntefaktor (EROI) unter 10, Photovoltaik unter 2, Biomasse (Mais) und Wind unter 4, lediglich Wasserkraft kommt auf einen wettbewerbsfähigen Erntefaktor von 35. Die Erntefaktoren von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus fossilen Brennstoffen liegen zwischen 28 (Erdgas) und 30 (Kohle), Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus nuklearen Brennstoffen erreichen Erntefaktoren über 75.<sup>8</sup> Während die technischen und wirtschaftlichen Potentiale bei den sogenannten „erneuerbaren“ Energien und bei fossilen Energien nahezu ausgeschöpft sind, ist das Entwicklungspotential bei Kernenergie gerade einmal gestreift, physikalisch sind Erntefaktoren von 2000 und mehr möglich.<sup>9</sup>

Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten „erneuerbaren“ Energien, die 20 Jahre lang Zwangsumlagen erhalten haben, müssen so behandelt werden wie jede andere Anlage zur Erzeugung von Elektrizität. Niemandem ist zu vermitteln, weshalb solche Anlagen erneut Bevorzugungen oder Begünstigungen erhalten sollen.

Durch die COVID-19-Wirtschaftskrise sind viele kleine und mittlere Unternehmen in ihrer Existenz bedroht.<sup>10</sup> Die Neuausrichtung der Energiepolitik und die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes würden Bürger und Unternehmen entlasten, Kaufkraft freisetzen und den Unternehmen dringend benötigte finanzielle Spielräume geben.

„Erneuerbare“ Energien sind zudem schädlich für die Umwelt und die Artenvielfalt. Bioenergie reduziert die Artenvielfalt durch Monokulturen,<sup>11</sup> Photovoltaik und vielmehr noch die Windenergie sind für erheblichen Insekten- bzw. Vogelschlag verantwortlich.<sup>12</sup> Es ist nach Ansicht der Antragsteller nicht einzusehen, weshalb die Bürger für ineffiziente, instabile Energieerzeugung, welche zudem auch noch schädlich für den Naturschutz ist, derartige Belastungen schultern müssen, erst recht nicht in der aktuellen wirtschaftlichen Lage.

Ein nennenswerter Einfluss von CO<sub>2</sub> auf das Klima der Erde ist weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Dies gilt erst recht für das vom Menschen verursachte CO<sub>2</sub>, geschweige denn für angebliche Beeinträchtigungen auf Mensch und Umwelt.<sup>13</sup> Im Gegensatz dazu hat die Wolkenbildung Einfluss auf das Erdklima, dieser Einfluss kann bis 100 Mal stärker sein als jener des CO<sub>2</sub>.<sup>14</sup> Im Gegenteil - das Klima kann und muss nicht vor hohen CO<sub>2</sub>-Gehalten in der Atmosphäre geschützt werden, wie erdgeschichtliche Daten zeigen.

Vielmehr ist es geboten, sich den klimatischen Bedingungen anzupassen – nicht der Klimaschutz, sondern der Schutz des Menschen vor möglichen negativen klimatischen Auswirkungen ist erforderlich. Daher sollten, sobald sich die wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland wieder normalisiert haben, Mittel im Bundeshaushalt bereitgestellt werden, die Deutschland für Notsituationen und Naturkatastrophen besser vorbereitet. Die aufzuwendenden Gelder wären geringer und der Nutzen, gerade in Ausnahmesituationen, sehr hoch, etwa für die aktuell im Fokus stehenden systemrelevanten Sektoren.

<sup>4</sup> [www.gesetze-im-internet.de/atg/](http://www.gesetze-im-internet.de/atg/)

<sup>5</sup> [www.gesetze-im-internet.de/tehg\\_2011/](http://www.gesetze-im-internet.de/tehg_2011/)

<sup>6</sup> [www.gesetze-im-internet.de/behg/BJNR272800019.html](http://www.gesetze-im-internet.de/behg/BJNR272800019.html)

<sup>7</sup> Bundestagsdrucksache 19/17342

<sup>8</sup> <https://doi.org/10.1016/j.energy.2013.01.029>

<sup>9</sup> <https://doi.org/10.1016/j.anucene.2015.02.016>

<sup>10</sup> [www.ifo.de/node/54981](http://www.ifo.de/node/54981)

<sup>11</sup> Böttger, M. et al. (1990) Biologisch-ökologische Begleituntersuchungen zum Bau und Betrieb von Windkraftanlagen, Nord-deutsche Naturschutz Akademie, NNA Berichte 3. Jahrgang, Sonderheft, Dauber J, Bolte A (2014) Bioenergie: Challenge or support for the conservation of biodiversity? GCB Bioenergy, 6:180-182.

<sup>12</sup> Herden C, et al. (2009): Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von Freilandphotovoltaikanlagen. BfN-Skripte 247., Trieb, F. (2018) Study report: Interference of flying insects and wind parks (FliWip). DLR, 1-30, [https://www.focus.de/wissen/klima/tid-14230/mythos-windkraftanlagen-toeten-massenweise-voegel\\_aid\\_398163.html](https://www.focus.de/wissen/klima/tid-14230/mythos-windkraftanlagen-toeten-massenweise-voegel_aid_398163.html)

<sup>13</sup> <https://archive.ipcc.ch/ipccreports/tar/wg1/pdf/TAR-14.PDF>

<sup>14</sup> [www.frontiersin.org/articles/10.3389/feart.2019.00223/full](http://www.frontiersin.org/articles/10.3389/feart.2019.00223/full)

